

**Pressesprecher
Bernd Sanders**

Landeshaus
24100 Kiel
Telefon 0431-988-1440
Telefax 0431-988-1444
Internet: <http://www.landsh.de/cdu-fraktion/>
e-mail: fraktion@cdu.landsh.de

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 412/00 vom 13. November 2000

Sylvia Eisenberg: Grundlegende Veränderung der Berufsbildenden Schulen ist dringend notwendig

Das von der Bildungsministerin auf der Tagung des BLBS angekündigte Vorhaben, die Berufsbildenden Schulen zu „regionalen Berufsbildungszentren“ zu erweitern, findet selbstverständlich die Zustimmung der CDU, erklärte die berufsbildungspolitische Sprecherin der CDU, Sylvia Eisenberg. Die Umgestaltung der beruflichen Schulen zu „regionalen Berufsbildungszentren“, so wie die CDU diesen Begriff versteht, stellt aber nicht nur eine Reform dar, sondern sie ist eine grundlegende Veränderung des berufsbildenden Schulwesens. Die Forderung nach Umgestaltung des beruflichen Schulwesens wurde von der CDU bereits programmatisch in den Landtagswahlkampf eingebracht. „Wir wollen uns nicht über den Ideenklau beschweren, Hauptsache ist, dass unsere Ideen umgesetzt werden, und daran werden wir mitarbeiten“, erklärte Sylvia Eisenberg.

Als Eckpunkte der Umgestaltung müssen aus Sicht der CDU folgende Grundsätze in die Diskussion eingebracht werden:

1. Berufliche Schulen müssen auch in Zukunft den staatlichen Bildungsauftrag der beruflichen Erstausbildung und der Berufsvorbereitung erfüllen. Für den Bereich des staatlichen Bildungsauftrages sind ihnen verbindliche Zuschüsse zu gewähren, die sowohl in personeller als auch in sächlicher Hinsicht eigenverantwortlich verwaltet werden.
2. Darüber hinaus sind sie fortzuentwickeln zu „regionalen Bildungs- und Dienstleistungszentren“, die in Richtung Fort- und Weiterbildung Dienstleistungen in der Region anbieten. Das „Bildungs- und Dienstleistungszentrum“ muss in diesem Bereich finanziell unabhängig und wirtschaftlich arbeiten.
3. Die regionalen Unternehmen sind in die Entscheidungsprozesse des Bildungs- und Dienstleistungszentrum einzubinden.

Zur gründlichen Vorbereitung des Veränderungsprozesses sind sowohl rechtliche als auch organisatorische Fragen zu klären, erklärte Sylvia Eisenberg. Das Endergebnis bedürfe eines breiten gesellschaftlichen Grundkonsenses. Vor allem sei eine Veränderung nur im Einvernehmen mit den Betroffenen, den Lehrkräften, der Wirtschaft, den Berufsverbänden und den Gewerkschaften zu erreichen und nicht gegen sie. „Die CDU wird das Ziel im Auge behalten und die Teilergebnisse einer kritischen Überprüfung unterziehen“, versicherte Sylvia Eisenberg.